

Amtliches

Bekanntmachungsblatt



- Amtsblatt -
der Stadt Marl

K 21054 B

48. Jahrgang

Freitag, 31. Mai 2019

Nummer 9

Inhalt	Seite
I. Haushaltssatzung der Stadt Marl für das Haushaltsjahr 2019 vom 24.05.2019	84
II. Einladung zur 41. Sitzung des Rates am 06.06.2019	90

Herausgeber: Stadt Marl – Der Bürgermeister,
45765 Marl. Kontakt: Kommunalbüro,
Telefon 02365-992763, E-Mail
bekanntmachungsblatt@marl.de. Das Amtliche
Bekanntmachungsblatt – Amtsblatt – ist kostenlos
während der Öffnungszeiten im Rathaus, Creiler
Platz, Zentralgebäude (an der Information des



Bürgerbüros), im i-Punkt im Marler Stern sowie
im Stadtteilbüro Hamm, Ernst-Reuter-Haus,
Sperberweg 3-5 erhältlich und über die
Homepage der Stadt Marl
www.marl.de/bekanntmachungsblatt abrufbar.
Es wird außerdem gegen einen Beitrag von
2,50 € je Zustellung zugesandt.

I.
Haushaltssatzung der Stadt Marl für das Haushaltsjahr 2019 vom 24.05.2019

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.12.2018 (GV. NRW. S. 738), hat der Rat der Stadt Marl mit Beschluss vom 25.03.2019 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der <u>Erträge</u> auf	304.299.171 EUR
dem Gesamtbetrag der <u>Aufwendungen</u> auf	303.891.305 EUR
Jahresergebnis	+ 407.866 EUR

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der <u>Einzahlungen</u> aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	294.111.281 EUR
dem Gesamtbetrag der <u>Auszahlungen</u> aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	282.244.070 EUR
dem Gesamtbetrag der <u>Einzahlungen</u> aus der Investitionstätigkeit auf	17.548.058 EUR
dem Gesamtbetrag der <u>Auszahlungen</u> aus der Investitionstätigkeit auf	37.508.650 EUR
dem Gesamtbetrag der <u>Einzahlungen</u> aus der Finanzierungstätigkeit auf	42.058.940 EUR
dem Gesamtbetrag der <u>Auszahlungen</u> aus der Finanzierungstätigkeit auf	29.425.120 EUR

festgesetzt.

§ 2 Kredite für Investitionen

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 18.086.000 EUR festgesetzt.

Davon entfallen auf rentierliche Investitionen	830.000 EUR
und auf unrentierliche Investitionen	17.256.000 EUR

Für Umschuldungen im laufenden Haushaltsjahr wird ein Betrag von 22.200.000 EUR festgesetzt

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden in Höhe von 15.035.310 EUR veranschlagt.

§ 4 Rücklagen

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

§ 5 Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 170.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6 Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind für das Haushaltsjahr 2019 durch die Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Realsteuern in der Stadt Marl vom 19.11.1993, zuletzt geändert durch Beschluss des Rates der Stadt Marl vom 13.12.2012, wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (<u>Grundsteuer A</u>) auf | 285 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (<u>Grundsteuer B</u>) auf | 790 v.H. |
| 2. | <u>Gewerbesteuer</u> auf | 530 v.H. |

§ 7 Haushaltssanierungsplan

Nach der 7. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012 – 2021 der Stadt Marl wird der Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe des Landes NRW auch im Haushaltsjahr 2019 erreicht. Der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe wird im Haushaltsjahr 2021 erreicht. Die im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8 Fälligkeit von Grundsteuern

Abweichend von § 28 Abs. 1 Grundsteuergesetz werden Kleinbeträge wie folgt fällig:

- a) am 15.08. mit ihrem Jahresbetrag, wenn dieser 15,00 EUR nicht übersteigt;
- b) am 15.02. und 15.08. zu je einer Hälfte ihres Jahresbetrages, wenn dieser 30,00 EUR nicht übersteigt.

§ 9 Stellenplan

Soweit im Stellenplan Stellen als künftig wegfallend (kw) oder künftig umzuwandelnd (ku) bezeichnet werden, hat das nachstehend aufgeführte Rechtsfolgen:

1. kw-Vermerke

Ist an einer Planstelle ein kw-Vermerk angebracht, entfällt die Stelle, sobald der derzeitige Stelleninhaber wechselt.

2. ku-Vermerke

Ist an einer Planstelle ein ku-Vermerk angebracht, ändert sich die Bewertung dieser Stelle bei Freiwerden der Stelle auf den angegebenen ku-Wert.

§ 10 Bewirtschaftungsregeln

1. Deckungsfähigkeit

Der Produkthaushalt 2019 wird vom Rat der Stadt Marl auf Produktgruppenebene beschlossen. Die in einer Produktgruppe enthaltenen Aufwandsermächtigungen, konsumtiven Auszahlungsermächtigungen bzw. investiven Auszahlungsermächtigungen sind grundsätzlich gegenseitig deckungsfähig (flexible Mittelbewirtschaftung).

Davon abweichend werden die folgenden Ermächtigungen produktgruppenübergreifend zu jeweils einem oder mehreren Deckungskreisen verbunden und für gegenseitig deckungsfähig erklärt:

1. Personal- und Versorgungsaufwendungen bzw. /-auszahlungen
2. Aufwendungen/ Auszahlungen für Zinsen
3. Aufwendungen für laufende Abschreibungen

Gemäß § 15 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) sind die Verfügungsmittel des Bürgermeisters von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Im Übrigen sind zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung Deckungsvermerke für die gegenseitige Deckungsfähigkeit auch über die Produktgruppen hinaus bei bestimmten Ermächtigungen angebracht worden (§ 21 Abs. 1 GemHVO).

Gemäß § 21 Abs. 2 GemHVO können Mehrerträge und Mehreinzahlungen für entsprechende zusätzliche Aufwendungen und Auszahlungen verwendet werden, sofern die Erträge und Einzahlungen zweckgebunden sind (z.B. Zuwendungen) oder ein entsprechender sachlicher Zusammenhang besteht (z.B. Schadenersatzleistungen).

Die Ermächtigungen für interne Leistungsverrechnungen werden ebenfalls für unecht deckungsfähig im Sinne von § 21 Abs. 2 GemHVO erklärt.

2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Für Haushaltsüberschreitungen gelten die Regelungen des § 83 GO, wenn nicht nach § 81 GO eine Nachtragssatzung zu erlassen ist.

Danach entscheidet der Kämmerer bzw. der Bürgermeister

- über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen (§ 83 GO) sowie
- über die Bereitstellung von über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen (§ 85 Abs. 1 GO).

Haushaltsüberschreitungen von mehr als 75.000 EUR sind als erheblich anzusehen und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

Haushaltsüberschreitungen bis einschließlich 75.000 EUR sind als unerheblich anzusehen und können ohne vorherige Zustimmung des Rates durch den Kämmerer bzw. den Bürgermeister genehmigt werden.

Alle Fälle zwangsläufiger Mehraufwendungen und -auszahlungen sind ebenfalls von der vorherigen Zustimmungspflicht des Rates ausgenommen und werden unabhängig von der Höhe des Betrages im Rechtssinne als unerheblich angesehen. Dies sind folgende Fälle:

- a) wenn nicht ausgenutzte Ermächtigungen aus dem Vorjahr nicht übertragen worden sind, der Bedarf aber weiter besteht,
- b) wenn die Mehraufwendungen bzw. -auszahlungen auf Gesetz, verbindlichem Tarifabschluss, vertraglich vereinbarter Kostengleitklausel oder unrichtiger Veranschlagung der Jahresrate zur Erfüllung von vorjährig abgeschlossenen Verträgen beruhen,
- c) wenn die Mehraufwendungen und -auszahlungen in voller Höhe erstattet werden,
- d) bei Aufwendungen und Auszahlungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Darüber hinaus gelten folgende Aufwendungen und Auszahlungen als unerheblich wenn der überplanmäßige Aufwand bzw. die überplanmäßige Auszahlung mehr als 75.000 EUR beträgt aber 20 % des Haushaltsansatzes (bei allein stehenden Ermächtigungsübertragungen 20 % des letzten Haushaltsansatzes) nicht überschreitet:

- e) bei einem Haushaltsansatz bis 2 Mio. EUR bis zu einer Höhe von 150.000 EUR,
- f) bei einem Haushaltsansatz über 2 Mio. EUR bis 4 Mio. EUR bis zu einer Höhe von 200.000 EUR,
- g) bei einem Haushaltsansatz über 4 Mio. EUR bis zu einer Höhe von 250.000 EUR.

Die durch den Kämmerer bzw. den Bürgermeister genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen ohne vorherige Zustimmungspflicht des Rates sind dem Rat quartalsweise zur Kenntnis zu geben.

Im Übrigen gelten die Vorschriften der Dienstanweisung zur Regelung von Haushaltsangelegenheiten der Stadtverwaltung Marl.

3. Ermächtigungsübertragungen

Gemäß § 22 Abs. 1 GemHVO NRW sind für Aufwendungen und Auszahlungen Ermächtigungen nach folgenden Grundsätzen übertragbar:

- a) Mit Blick auf die fortzusetzende Haushaltskonsolidierung werden grundsätzlich nur Ermächtigungen im zwingend notwendigen Umfang übertragen.
- b) Ermächtigungen sind nur insoweit zulässig, als bereits vertragliche Verpflichtungen bestehen bzw. soweit sie zur Fortführung begonnener Maßnahmen erforderlich sind.
- c) Ermächtigungen für ergebniswirksame Aufwendungen und Auszahlungen bleiben nach Übertragung bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar.
- d) Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen jedoch längstens zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

- e) Über die Bildung und Höhe der Ermächtigungsübertragungen entscheidet der Kämmerer.
 f) Dem Rat wird gem. § 22 Abs. 4 GemHVO NRW im Rahmen der Jahresabschlusserstellung eine Übersicht über die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen zur Kenntnis vorgelegt.

Marl, den 24.05.2019

gez.
 Arndt
 Bürgermeister

Bekanntmachungsanordnung

Vorstehende Haushaltssatzung der Stadt Marl für das Haushaltsjahr 2019 vom 24.05.2019 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Unterstützung der Kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) erforderliche Genehmigung der 7. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012 bis 2021 für das Jahr 2019 ist von der Bezirksregierung Münster durch Verfügung vom 17.04.2019 – Aktenzeichen 31.1.20.07-002/2016.0003 – erteilt worden. Die Haushaltssatzung kann bekannt gemacht werden, sobald die Genehmigungsverfügung bestandskräftig geworden ist. Die Bestandskraft der Genehmigungsverfügung ist am 13.05.2019 mit Erklärung des Rechtsmittelverzichtes eingetreten. Das Anzeigeverfahren an die Aufsichtsbehörde wurde am 29.03.2019 durchgeführt.

Die Haushaltssatzung 2019 der Stadt Marl einschließlich ihrer Anlagen liegt bis zur Feststellung des Jahresabschlusses 2019 gemäß § 96 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW im Amt für Kommunale Finanzen der Stadt Marl, Riegelhaus, Bergstr. 230, 3. OG, Zimmer 3.28, 45768 Marl, während der Dienststunden

montags und dienstags	von	8:00	bis	16:00	Uhr
mittwochs und freitags	von	8:00	bis	12:30	Uhr
donnerstags	von	8:00	bis	18:00	Uhr

zu jedermanns Einsicht aus.

Hinweise:

§ 7 Abs. 6 Gemeindeordnung NRW

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

§ 54 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW

Die Verletzung eines Mitwirkungsverbots nach § 43 Abs. 2 in Verbindung mit § 31 kann gegen den Beschluss des Rates oder eines Ausschusses, dem eine Angelegenheit zur Entscheidung übertragen ist, nach Ablauf eines Jahres seit der Beschlussfassung oder, wenn eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist, ein Jahr nach dieser nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn, dass der Bürgermeister den Beschluss vorher beanstandet hat oder die Verletzung des Mitwirkungsverbots vorher gegenüber der Gemeinde gerügt und dabei die Tatsache bezeichnet worden ist, die die Verletzung ergibt.

Marl, 24.05.2019

gez.
Werner Arndt
Bürgermeister

II. Einladung zur 41. Sitzung des Rates am 06.06.2019

E i n l a d u n g

**zur 41. Sitzung des Rates
am Donnerstag, 06.06.2019 um 16:00 Uhr
im Sitzungsraum I des Marler Rathauses, Creiler Platz 1, Marl**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Niederschrift der letzten Sitzung vom 11.04.2019
3. **Antrag 2019/0122-1**
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und bum/FDP
betr. Einführung eines städtischen Kaffeebechers
4. **Berichtsvorlage 2019/0138**
Dienstreise des Bürgermeisters
5. **Antrag 2019/0141**
Antrag der SPD-Fraktion betreffend Digitalpakt Schule
6. **Beschlussvorlage 2019/0143**
Bestellung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern
mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Sport

7. **Beschlussvorlage 2019/0146**
Bestellung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Sport
8. **Antrag 2019/0155**
Antrag der CDU Fraktion betr. Ausschussnachbesetzung und Gremienumbesetzung
9. **Antrag 2019/0201**
Antrag der BUM/FDP-Fraktion betr. Ausschussnachbesetzung
10. **Antrag 2019/0202**
Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Ausschussnachbesetzung
11. **Antrag 2019/0156**
Antrag der SPD-Fraktion betreffend Finanzielle Belastung durch die Novellierung des Unterhaltvorschussgesetzes
12. **Berichtsvorlage 2019/0158**
Gesellschafterbeschluss der WIN Emscher-Lippe GmbH vom 18.12.2018
13. **Antrag 2019/0159**
Antrag der Fraktion Bürgerliste WIR für Marl betr. Mehr Demokratie wagen und die Bürger: die Steuerzahler fragen
14. **Antrag 2019/0168**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Begrünte Vorgärten
15. **Beschlussvorlage 2019/0171**
Satzung über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, sowie der offenen Ganztagschule (Elternbeitragssatzung)
16. **Antrag 2019/0174**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
betr. Transparenz bei der Rathaussanierung
- 16.a **Berichtsvorlage 2019/0189**
Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen betr. Transparenz bei der Rathaussanierung
17. **Anfrage 2019/0176**
Anfrage der CDU Fraktion betr. Arbeitsplätze und -zeiten der Stadtverwaltung
- 17.a **Berichtsvorlage 2019/0190**
Antwort der Verwaltung zur Anfrage der CDU-Fraktion
betr. Arbeitsplätze und -zeiten der Stadtverwaltung
18. **Anfrage 2019/0177**
Anfrage der CDU Fraktion betr. Standorte der Stadtverwaltung
- 18.a **Berichtsvorlage 2019/0192**
Antwort der Verwaltung zur Anfrage der CDU-Fraktion
betr. Standorte der Stadtverwaltung

19. **Anfrage 2019/0178**
Anfrage der CDU Fraktion betr. Modernes Arbeiten in der Stadtverwaltung
- 19.a **Berichtsvorlage 2019/0191**
Antwort der Verwaltung zur Anfrage der CDU Fraktion
betr. Modernes Arbeiten in der Stadtverwaltung
20. **Anfrage 2019/0179**
Anfrage der CDU Fraktion
betr. Rathaussanierung Kostenentwicklung / -einsparungen
- 20.a **Berichtsvorlage 2019/0206**
Antwort der Verwaltung zur Anfrage der CDU Fraktion
betr. Rathaussanierung Kostenentwicklung / -einsparungen
21. **Antrag 2019/0203**
Antrag der Fraktionen CDU, BUM/FDP, Bündnis 90/ Die Grünen betr. Kosteneinsparungen bei der Rathaussanierung
22. **Berichtsvorlage 2019/0183**
Kenntnisnahme der gemäß § 83 GO NRW vom Bürgermeister im 1. Quartal 2019 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
23. **Beschlussvorlage 2019/0184**
Jahresabschluss der Stadt Marl zum 31.12.2018
24. **Antrag 2019/0186**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
betr. Marl ruft den "Klimanotstand" aus
25. **Antrag 2019/0204**
Antrag der SPD-Fraktion betreffend Marler Klimaschutz gemeinsam gestalten
26. **Berichtsvorlage 2019/0188**
Vergabe des qualifizierten Krankentransportes im Rahmen
der Bereichsausnahme des EU-Vergaberechtes
27. Anfragen und Mitteilungen

Nichtöffentlicher Teil:

28. Niederschrift der letzten Sitzung vom 11.04.2019
29. **Beschlussvorlage 2019/0195**
Vergabeangelegenheit
30. **Beschlussvorlage 2019/0196**
Vergabeangelegenheit

31. **Beschlussvorlage 2019/0197**
Vergabeangelegenheit
32. **Beschlussvorlage 2019/0198**
Vergabeangelegenheit
33. Anfragen und Mitteilungen

Marl, den 28.05.2019

gez.
Werner Arndt
Bürgermeister